

Inhalt:

Rekordverdächtig

Die grüne Bürgerschaftsfraktion ist gerade mal fünf Monate im Amt und zelebriert schon das 20-jährige Jubiläum. [... zum Artikel](#)

Arbeitslose – wie weiter?

Die Hartz-Gesetze sind durch den Bundestag. Die Hoffnung auf eine bessere Vermittlung Arbeitsloser steht neben einer Absenkung der Arbeitslosenhilfe annähernd auf Sozialhilfeniveau. Ein Kommentar von Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin. [... zum Artikel](#)

Überseestadt – ein Pfund zum Wuchern?!

Die alten Hafendreiecke rechts der Weser bieten eine einzigartige Chance, Bremen als attraktive Stadt am Fluss weiterzuentwickeln. [... zum Artikel](#)

Neues Schulgesetz – aus PISA nichts gelernt

Nach dem Pisa-Debakel ist die Bereitschaft groß, neu über das Schulsystem nachzudenken. Mit ihrer überhasteten Schulgesetzänderung vertut die große Koalition jedoch eine historische Chance. [... zum Artikel](#)

Abgewählt macht trotzdem weiter

Die Grünen haben in Bremerhaven ihr Stimmenergebnis verdoppelt und damit einen großen Erfolg erzielt. Ein Kommentar von Karoline Linnert. [... zum Artikel](#)

Rubriken:

[grüne Ecke](#)

[grün:Aktion](#)

[Neues aus der Bürgerschaft](#)

[Gastkommentar](#)

[grün:in der Mache](#)

[Impressum](#)

Rekordverdächtig

Die grüne Bürgerschaftsfraktion ist gerade mal fünf Monate im Amt und zelebriert schon das 20-jährige Jubiläum.

Die laufende 16. Wahlperiode ist die sechste, in der die Grünen durchweg in Fraktionsstärke in der Bremischen Bürgerschaft vertreten sind. ›Bremen braucht Bewegung!‹ lautete der grüne Slogan im Wahlkampf 1991, und auf eine bewegte Vergangenheit können die Bürgerschaftsgrünen allemal zurückblicken. Gelegenheit dazu bietet eine Festschrift, und auch die Feier am 11. November im ›La Milonga‹ – übrigens dem Gründungstag der Bremer Grünen vor 24 Jahren – wird genügend Raum zur Rückschau lassen.

›Ein Mann, der Herrn K. lange nicht gesehen hatte, begrüßte ihn mit den Worten: „Sie haben sich gar nicht verändert.“ „Oh!“ sagte Herr K. und erbleichte.‹ Brechts Geschichten vom Herrn Keuner werden zurzeit gerne zitiert, und diese beschreibt die Grünen treffend, denn sie haben sich verändert, und sie stehen zu ihren vollzogenen Wandlungsprozessen. Lauthals geäußerte Vorwürfe wie ›politikunfähig‹ oder ›realitätsfern‹ sind verstummt. Die Grünen sind eine moderne Partei, die den Herausforderungen der Zeitläufte begegnen, wenn sie ihr nicht gar einen Schritt voraus sind. Heute lautet das Attribut ›Reformmotor‹.

Etliche WegbegleiterInnen mochten über die Jahre die Wandlung nicht nachvollziehen, dennoch repräsentieren die Bremer Grünen seit zwanzig Jahren im Durchschnitt über zehn Prozent der (sich auch wandelnden) Wahlbevölkerung.

Sie müssen sich nicht neu erfinden, wie es CDU-Senator Jens Eckhoff mit seiner Partei versucht. Sieht Gorbatschow in Deutschland gar zwei sozialdemokratische Parteien, SPD und CDU/CSU, können wir feststellen: Es gibt immer mehr SPD- und CDU-Leute, die bei den Grünen besser aufgehoben wären.

In ihrem Festschriftvorwort schreibt die Fraktionsvorsitzende Karoline Linnert: ›Unverändert sind die grundlegenden Überzeugungen: Es geht nachhaltiger, ökologischer und gerechter, und das wäre richtig von Vorteil für unsere Stadt.‹ Dafür ist die neue grüne Fraktion genau passend aufgestellt: Mit einer Vorsitzenden, die den Laden von Beginn an kennt, einer Senatorin a.D., zwei Ex-Parteivorsitzenden, zwei Untersuchungsausschuss-Erfahrenen, dem jüngsten Abgeordneten aller Zeiten, einem Frauenanteil von über 62 Prozent – ›rekordverdächtig!‹, wie ›Elder Statesman‹ Dieter Mützelburg findet.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Arbeitslose – wie weiter?

Die Hartz-Gesetze sind durch den Bundestag. Die Hoffnung auf eine bessere Vermittlung Arbeitsloser steht neben einer Absenkung der Arbeitslosenhilfe annähernd auf Sozialhilfeniveau. Ein Kommentar von Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin.

Die Hartz-Gesetze bedeuten den Abschied von einer dauerhaften, einkommensbezogenen Absicherung gegen das Risiko der Arbeitslosigkeit – da sollte niemand drum herum reden. Für die Betroffenen ist das ein hoher Preis für die erhoffte, bessere Vermittlung und mehr Flexibilität.

Vor allem Frauen werden durch die erhöhte Anrechnung des Partnereinkommens die Leidtragenden sein.

Einen Zuwachs an Arbeitsplätzen wird es durch Hartz nicht geben, wohl aber mehr Druck, auch unattraktive Tätigkeiten mit schlechter Bezahlung anzunehmen. Darüber können Verbesserungen, die auch von der grünen Fraktion durchgesetzt wurden – beispielsweise höhere Freibeträge für die Alterssicherung – nicht hinwegtrösten. Andererseits ist es richtig, dass der Bund einen höheren Anteil an den Kosten der Armut übernimmt und der Verschiebepbahnhof in die Sozialhilfe aufhört. Der Bremer Haushalt wird durch die Hartz-Gesetze überdurchschnittlich entlastet, als Ausgleich soll ein Teil dieses Geldes in kommunale Beschäftigungsprogramme für die Menschen gesteckt werden, die keine Aussicht auf Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt haben.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Überseestadt – ein Pfund zum Wuchern?!

Die alten Hafendreiecke rechts der Weser bieten eine einzigartige Chance, Bremen als attraktive Stadt am Fluss weiterzuentwickeln.

›Mit diesem Pfund müssen unsere Wirtschaftsförderer wuchern‹, erklärt Karin Krusche, baupolitische Sprecherin der grünen Bürgerschaftsfraktion. Sie ist sich sicher: Die Entwicklung der Überseestadt zu neuen städtischen Quartieren für Gewerbe, Dienstleistungen, Technologie, Kultur, Gastronomie und Wohnen muss die zentrale Aufgabe der Bremer Wirtschafts- und Stadtentwicklungspolitik für die nächsten Jahre sein. Die Umwandlung der alten Hafendreiecke bietet nach Ansicht der Grünen eine städtebauliche Herausforderung und die einmalige Chance, Bremens Strukturwandel voranzutreiben. ›Das Großprojekt Überseestadt bietet großen und kleinen, jungen und alten Unternehmen neue, erstklassige Adressen. Damit Unternehmen im ganzen Bundesgebiet darauf aufmerksam werden, muss man das Modell überregional vermarkten. Die erfolgreiche Präsentation des Modells der Überseestadt und des dazugehörigen Masterplans auf der Immobilienmesse Expo-Real in München war ein erster Schritt hierzu. Nötig sind jetzt detaillierte Quartiersplanungen, die Zwischennutzungen zulassen und nicht ausschließlich auf Großinvestoren setzen‹, betont Karin Krusche. Denn die Risiken liegen auf der Hand: ›Bremen muss sorgsam mit seinen finanziellen Ressourcen umgehen. Die Entwicklung von 300 ha Fläche kostet die Stadt viel Geld. Bremen muss sich daher bei der Flächenentwicklung auf die ehemaligen Hafengebiete konzentrieren.‹ Die von der großen Koalition vorangetriebene West-Erweiterung des Technologieparks und die Teilbebauung des Hollerlandes seien große Fehler, weil die vorhandenen Kapazitäten Bremens dadurch überschritten würden. Angesichts der begrenzten Anzahl ansiedlungswilliger Unternehmen dürfe die Stadt sich nicht verzetteln. Karin Krusche: ›Es kommt jetzt darauf an, dass Stadtentwickler und Wirtschaftsförderer an einem Strang ziehen. Das Projekt Überseestadt wird nur dann ein Erfolg, wenn die Stadt sich nicht selbst Konkurrenz macht und die Kräfte in den ehemaligen Hafendreiecken gebündelt werden.‹

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Neues Schulgesetz – aus PISA nichts gelernt

Nach dem Pisa-Debakel ist die Bereitschaft groß, neu über das Schulsystem nachzudenken. Mit ihrer überhasteten Schulgesetzänderung vertut die große Koalition jedoch eine historische Chance.

Nach den Sommerferien 2004 soll das neue Schulsystem starten. ›Dieses Hauruck-Verfahren ist kompletter Wahnsinn!‹ erklärt Anja Stahmann, bildungspolitische Sprecherin. ›Weder sind Raumprobleme in der Schule geklärt noch ist klar, wie der Unterricht in den neuen, integrierten Haupt- und Realschulen aussehen soll. Und wo bleibt die Beteiligung der Betroffenen?‹ Die Grünen schlagen vor, die Gesetzesänderung um mindestens ein Jahr zu verschieben, um eine fundierte Diskussion mit allen Beteiligten zu ermöglichen.

Obwohl sich die frühe Trennung der Schulkinder nach der 4. Klasse im Pisa-Vergleich als Verlierermodell erwiesen hat, will die große Koalition die Orientierungsstufe abschaffen. ›Wenn nach der vierten Klasse die Entscheidung fällt, welche Schule die Kinder künftig besuchen, wächst der Leistungsdruck auf die Kleinsten. Frust und Versagensängste sind die Folge‹, betont Anja Stahmann. Indem die von den Grünen geforderte sechsjährige Grundschule zur Alibiveranstaltung verkomme, werde einem pädagogisch wertvollen Ansatz das Wasser abgegraben. ›Je länger Kinder miteinander lernen, desto höher sind ihre Bildungschancen. Die SPD hat in den Koalitionsverhandlungen um die Bildungspolitik ihre eigenen Ziele aufgegeben. Der Schulerfolg wird auch künftig stark vom Wissen und von der Herkunft der Eltern abhängen – ein Trauerspiel!‹

Alle Fraktionen sind sich darüber einig: Kinder mit geringen Deutschkenntnissen müssen gezielt gefördert werden. Entgegen der bisherigen Praxis setzen sich die Grünen dafür ein, dass diese Kinder nur stundenweise nicht am Unterricht ›ihrer‹ Klasse teilnehmen.

Anja Stahmann: ›Wenn Kinder an zentral organisierten Sprachförderkursen teilnehmen müssen, wird die Integration noch zusätzlich erschwert.‹

Wenn den Grünen auch eine Schule für alle lieber wäre, sieht Anja Stahmann in der geplanten Integration von Haupt- und Realschule einen Schritt in die richtige Richtung. ›Die Übergänge in weiterführende Schulen müssen allerdings verbessert werden. In der zehnten Klasse muss eine gezielte Förderung einsetzen, je nachdem, welcher individuelle Bildungsweg angestrebt wird. Beim Thema Integration bleibt das neue Schulgesetz auf dem halben Wege stehen.‹ [... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Abgewählt macht trotzdem weiter

Die Grünen haben in Bremerhaven ihr Stimmenergebnis verdoppelt und damit einen großen Erfolg erzielt. Ein Kommentar von Karoline Linnert.

Unsere unbeirrbare Arbeit gegen Filz und Hinterzimmerpolitik, unser Bestehen darauf, dass auch Bremerhavener PolitikerInnen Verantwortung tragen und nicht immer nur die bösen Bremer Schuld sind, und unsere Vorschläge für eine behutsame Wirtschaftsentwicklung Bremerhavens wurden belohnt.

Die große Koalition in Bremerhaven wurde abgelöst. Ohne den Übeltäter Henning Scherf tritt deutlich zutage, was große Koalitionen sind: Große Bündnisse für viel unsinnig ausgegebenes Geld. Keine Frage, so regiert es sich bequemer als mit den Grünen, die was ändern wollen, die den CT IV nicht für alternativlos und die gute Bildungs-, Kultur- und Sozialangebote für wichtige Standortfaktoren halten. Auch wenn Ampelbündnisse nicht einfach sind, es gab die Chance für mehr Transparenz und Offenheit in der Politik. Ein ›Weiter so!‹ verzichtet auf ein wichtiges Gut, die Mitarbeit der Bremerhavener Bürgerinnen und Bürger. Regieren unter großem Sparzwang ist zugegebenermaßen schwer, trotzdem haben uns das viele WählerInnen zugetraut. Für Bremerhaven wäre es viel besser gewesen als die Fortsetzung einer abgewählten Regierung. Ein Trost bleibt: Wir sind deutlich stärker geworden, wir werden eine klare und mutige Oppositionspolitik machen. In vier Jahren muss für noch mehr Menschen gelten: Zur Wahl gehen, kein Grund für Protestwahl rechter Parteien, es gibt eine Alternative mit den Grünen.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

grüne Ecke:

Moin, Herr Perschau!

Stellvertretend für seinen Amtsvorgänger Perschau enthüllt der neue Finanzsenator die wahren Gründe für die Finanzmisere Bremens: „Nach Ansicht von Dr. Nußbaum war es aus heutiger Sicht ein Fehler, die Berliner Sanierungszuwendungen der Vergangenheit ausschließlich investiv einzusetzen und nicht auch zur Schuldentilgung zu nutzen.“ (Zitat aus der Mitgliederzeitung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft.)

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

grün:Aktion

Gelungenes Konzept: Zoo am Meer

Beim Bremerhaventag der grünen Fraktion stand auch ein Rundgang über die Großbaustelle des Zoos am Meer auf dem Programm. ›Endlich wird die einmalige Lage am Wasser architektonisch genutzt. Die Möglichkeit, die Tiere über und unter Wasser beobachten zu können, wird die BesucherInnen begeistern‹, lobt die Fraktionsvorsitzende Karoline Linnert das neue Konzept. Besonders begrüßen die Grünen, dass trotz der verdoppelten Nutzfläche mit mehr Platz für die Tiere künftig weniger Energie und Wasser verbraucht werden.

Keine Billigflieger nach Bremen

Auch im Flugverkehr findet ein ruinöser Wettbewerb statt, der sich durch zurückgehende Fluggastzahlen nach dem 11. September 2001 noch weiter verschärft hat. Dennoch wird der Bremer Flughafen vorerst kein Standort für die sogenannten ›Billigflieger‹ sein. Dies war eine der zentralen Botschaften, die Professor Ernst, Geschäftsführer der Flughafen GmbH, einer Gruppe von grünen Abgeordneten und MitarbeiterInnen bei einem Besuch Ende August präsentierte.

LeseLust im Grünen

Fröhliches Chaos herrschte, als zwei Klassen der Grundschule Andernacher Straße Karoline Linnert auf ihrer Parzelle besuchten. Die Fraktionsvorsitzende hatte im Rahmen der LeseLust-Aktion den Kindern die ›Fußballgeschichten vom Franz‹ vorgestellt und einen Gegenbesuch im Kleingarten vereinbart. Zum Abschluss des Ausflugs bekam jedes Kind ein Pixi-Buch.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Neues aus der Bürgerschaft

Kein VEB Musical

Gegen eine Neuauflage des Musical-Desasters protestierten die Grünen in der Aktuellen Stunde ›Kein VEB Musical am Richtweg‹. Klaus Möhle, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion, kritisierte, dass die große Koalition aus ihren Fehlern nichts gelernt habe und weiter Geld in das Musicaltheater pumpt. Die HVG als künftigen Betreiber des Musical-Theaters einzusetzen sei falsch. Damit werde die Serie von Pleiten, Pech und Pannen fortgesetzt.

mehr Infos: [Klaus Möhle](#)

Angekündigte Tötung

Am 11. Juli 2003 wurde die 25-jährige Studentin Carola S. in ihrer Wohnung von ihrer psychisch kranken Nachbarin durch Messerstiche getötet. Bereits zwei Wochen zuvor hatte Frau K. die Studentin angegriffen, die daraufhin Strafanzeige erstattete. Der Vorfall veranlasste die Grünen, eine Große Anfrage nach den ›Umständen einer angekündigten Tötung‹ an den Senat zu stellen. Matthias Güldner, innenpolitischer Sprecher: ›Obwohl sehr viele Einrichtungen im Vorfeld mit der Tatverdächtigen befasst waren, ihre Krankheit bekannt war und eine lange Liste von Körperverletzungsdelikten vorlag, sind die nötigen Informationen nicht weitergegeben worden.‹ Güldner forderte eine Initiative aller Fraktionen, um Lücken im bestehenden System zu schließen. ›Behörden und Betreuungsdienste müssen alles tun, um einen psychisch kranken Menschen vor sich selbst, aber auch sein Umfeld zu schützen.‹

mehr Infos: [Dr. Matthias Güldner](#)

Europa bürgernah

Alle Fraktionen begrüßen den vom EU-Konvent vorgelegten Entwurf für eine europäische Verfassung. Nach Ansicht der Grünen sollen aber auch die BürgerInnen über die Verfassung abstimmen dürfen. In einem Bürgerschaftsantrag forderte die europapolitische Sprecherin Helga Trüpel den Senat auf, im Bundesrat die Initiative für eine Volksabstimmung parallel zu den Europawahlen 2004 zu ergreifen. SPD und CDU lehnten die Mitbestimmung ab.

mehr Infos: [Dr. Helga Trüpel](#)

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Gastkommentar

Ein Jahr ist vergangen, seit der Runde Tisch Bildung getagt hat und Empfehlungen abgab. Was ist seitdem geschehen?

Die Strukturreform überlagert alle anderen Entwicklungen. Es kam wie es kommen musste: Über allem die Finanzmisere, die bauliche Investitionen blockiert, dann das konservative Vorpreschen Niedersachsens mit der Wiedereinführung der Dreigliedrigkeit im Sek-I-Bereich, die Beerdigung der Orientierungsstufe und letztlich die bundesweite Entwicklung zum 12-jährigen Abitur.

Senator Lemke, zumal in der konservativen Koalition, kann die angestrebte Verlängerung der gemeinsamen Schulzeit nicht durchsetzen, dazu bräuchte er Geld. Er muss die Sek-I-Zentren zumindest partiell erhalten, weil sie nach einer sechsjährigen Grundschule ohne eigene Oberstufe zum 3-Jahres-Torso mit der Forderung nach weiteren durchgängigen Gymnasien würden. Ob dieses Modell die notwendige innere Schulreform befördert, bleibt unsicher!

Peter Lankenau, Leiter des Schulzentrums Findorff

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

grün:in der Mache

Gentechnik in Lebensmitteln – nein danke!

Die Verabschiedung der sogenannten ›Saatgutrichtlinie‹ läuft auf europäischer Ebene auf Hochtouren. Sie soll regeln, wie hoch in Zukunft der Anteil gentechnischer Veränderungen im Saatgut ohne Kennzeichnung sein darf. Mit den von der EU-Kommission geplanten hohen Grenzwerten für Verunreinigungen steht die Existenz von Lebensmitteln ohne Gentechnik auf dem Spiel, und es ist zu befürchten, dass nächstes Jahr europaweit der großflächige Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen möglich sein wird.

Die Grünen im Bund, in den Ländern und Kommunen kritisieren ebenso wie führende Verbraucher- und Umweltverbände den beabsichtigten Vormarsch der Gentechnik. Sie fordern, dass die Wahlfreiheit der VerbraucherInnen erhalten bleiben muss, und dass die biologische Landwirtschaft nicht in ihrer Existenz gefährdet werden darf. Die grüne Fraktion unterstützt das Engagement des breiten Aktionsbündnisses. In einem Entschließungsantrag forderten die Grünen in der Oktober-Bürgerschaft den Erhalt von gentechnikfreiem Saatgut. Der Antrag wurde jedoch von den anderen Fraktionen abgelehnt.

Ohne ein ›Reinheitsgebot‹ für Saatgut ist die schleichende Einführung gentechnischer Verunreinigungen nicht aufzuhalten. Die grüne Fraktion wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass das Saatgut ›sauber‹ bleibt und über die aktuellen Entwicklungen informieren.

Weitere Informationen gibt es auf der Internetseite der Initiative ›Save our Seeds‹ www.saveourseeds.org.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Impressum

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft

Telefon: 0421/30 11-0

Telefax: 0421/30 11-250

e-mail: fraktion@gruene-bremen.de

internet: www.gruene-bremen.de

V.i.S.d.P.:

Andrea Quick

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Schlachte 19/20

28195 Bremen

Gestaltung: Designbüro Möhlenkamp

Relaunch + Satz: Thomas Kollande

Fotos: Dagmar Bleiker, Andreas Caspari, Handbücher der Bürgerschaft, Monika Heuß, Kinderladen Görlitzer Straße, Thomas Kollande, Peter Lankenau privat, Andrea Quick, www.studiob.de, www.welt.de/data/2003/05/26/102717.html

Wenn Sie möchten, senden wir Ihnen die Papierversion des [grün:Journals](#) gern per Post zu. Bitte vergessen Sie nicht Ihre Anschrift anzugeben!

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)